

# EU-Erweiterung mit Sorgfalt angehen

Reinhold Bocklet, bayerischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, sprach vor dem CDU/CSU-Freundeskreis Luxemburg

In Anwesenheit u. a. des deutschen Botschafters in Luxemburg, Horst Pakowski, des Generalanwalts am Europäischen Gerichtshof, Siegbert Alber, und des Generalsekretärs der CSV, Jean-Louis Schiltz, begrüßte Jan Kilb, Vorsitzender des CDU/CSU-Freundeskreises Luxemburg, in der Person des langjährigen Abgeordneten des europäischen Parlaments und heutigen Staatsministers für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei, Reinhold Bocklet, einen erfahrenen Europapolitiker.

Bocklet erinnerte einleitend an die Schuman-Deklaration vom 9. Mai 1950, in der, getragen von visionärer Kraft, Mut und Zuversicht, die Grundlagen für ein vereinigtes Europa gelegt wurden. 50 Jahre später könnten die Hauptziele, Friedenssicherung und wirtschaftliche Integration Europas, zwar weitgehend als erfolgreich verwirklicht angesehen werden, doch sei man nach dem Erreichen der Wirtschafts- und Währungsunion nun am Ende dieses sektoriellen Integrationsprozesses angelangt. Die Hoffnung, dass sich aus der Kohle- und Stahlgemeinschaft, der Atomgemeinschaft und der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gleichsam „automatisch“ auch die politische Union entwickeln würde, habe sich nicht erfüllt, da ein solcher Automatismus überhaupt nicht bestehe. Notwendig sei nun eine „direkte Aktion“, wenn die politische Union erreicht werden soll, so die Empfehlung von Bocklet.

Mit der Erweiterung der Union nach Ost- und Südosteuropa sei die Verwirklichung der politischen Union von besonderer Brisanz, da eine Gemeinschaft von 25 oder 30 Mitgliedstaaten völlig anders gear- tet sei als die Gemeinschaft der Vergangenheit, vor allem angesichts der Tatsache, dass das Brutto- sozialprodukt der Beitrittsan- wärter gerade einmal 68 Prozent (Slowenien) bzw. 23 Prozent (Bul- garien) des Mittelwertes der Mitgliedstaaten ausmacht. In den vorwiegend landwirtschaftlich ori- entierten Ländern wie Polen und Bulgarien fehle es überdies an al- ternativen Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum, so dass dort eine sozialverträgliche Umstrukturi- erung auf große Schwierigkeiten stoße, schätzt der Staatsminister die Lage ein.



Der bayerische Staatsminister Reinhold Bocklet (2. v. r.) umgeben vom beigeordneten CSV-Generalsekretär Maurice Bauer, CSV-Generalsekretär Jean-Louis Schiltz, dem Vorsitzenden des CDU/CSU-Freundeskreises Jan Kilb und dem deutschen Botschafter in Luxemburg Horst Pakowski (v. l. n. r.)  
(Photo: Tessa Hansen)

Für Bocklet stellt sich die Frage, wie die politische Union und zugleich die Erweiterung der Gemein- schaft bewältigt werden können. Beide Ziele können nach seiner Auffassung gemeinsam nur verwirklicht werden, wenn die Union ihre ganze Kraft auf die Bereiche konzentriert, die in effizienter Weise nur von einer europäischen Zentralgewalt wahrgenommen werden können. Hierzu gehörten z. B. die Außen- und Verteidigungs- politik, die Verbrechensbekämp- fung, die Asyl- und Einwanderungs- politik, der Binnenmarkt und der Umweltschutz. Von allen ande- ren Aufgaben, die auf nationaler oder regionaler Ebene wirkungs- voller erfüllt werden können, sollte die Union hingegen entlastet wer- den. Das gelte insbesondere für die Gesundheits- und Bildungspolitik.

In diesem Zusammenhang kriti- sierte Reinhold Bocklet die jüns- ten Beschlüsse des Gipfels von Lis- sabon. Dort seien nicht nur das an sich zu bejahende Ziel der techno- logischen „Revolution“ in allen Einzelheiten festgelegt worden, sondern auch die zu ihrem Errei- chen erforderlichen Methoden und Mechanismen gegenseitiger Kon-

trolle, deren Wahl man nach An- sicht Bocklets besser den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen hätte. Überdies habe die Union in diesem Bereich überhaupt keine Kompe- tenz, so dass die Lissaboner Be- schlüsse wohl kaum überall ernst genommen würden.

Der Staatsminister betonte, dass Bayern der Erweiterung der Union durchaus positiv gegenüberstehe, da es zu ihr keine Alternative gebe. In diesem Kontext zitierte er den tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel: „Wenn der Westen den Osten nicht stabilisiert, dann wird der Osten Europa destabilisieren.“

Der Gipfel von Berlin im vergan- genen Jahr habe allerdings noch nicht die Weichen für eine nachhal- tig erfolgreiche Lösung des Bei- trittsproblems gestellt, da dort we- der eine ausreichende Mittelaus- stattung der Strukturfonds noch die Finanzierung der künftigen Agrarpolitik in einer erweiterten Gemeinschaft gesichert worden seien. Bocklet warnte davor, diese ungelösten Probleme auf die leichte Schulter zu nehmen und deren Re- gelung auf die Zeit nach dem Bei- tritt zu vertagen, was nach den

bisherigen Erfahrungen zu unge- ahnten Kostenbelastungen für die Gemeinschaft führen würde.

Nach Auffassung der bayerischen Regierung sollte über die Erweite- rung gründlich, umfassend und ohne Zeitdruck sowie mit dem er- klärten Willen verhandelt werden, dass den Beitrittskandidaten bei der Lösung ihrer Probleme geholfen werde. Wichtig sei, dass ausrei- chend lange Übergangsfristen bei der Verwirklichung der Freizügig- keit und der Niederlassungsfreiheit sowie im Dienstleistungs- und Ver- kehrssektor vereinbart werden, was zu gegenseitigem Vorteil gereiche.

Was die gegenwärtig laufende Regierungskonferenz betrifft, so warnte Reinhold Bocklet davor, die Geschäftsbereiche bei der EU- Kommission noch weiter auszu- dehnen, sofern es nicht gelingen sollte, die Anzahl der Kommissare zu beschränken. Keinesfalls dürfe bei Mehrheitsentscheidungen im Rat einer erweiterten Gemein- schaft auf das Prinzip der doppel- ten Mehrheit verzichtet werden, da nur so das Gewicht bevölkerungs- starker Mitgliedstaaten zum Tra- gen komme. Bei Mehrheitsent- scheidungen des Rates sei ferner darauf zu achten, dass dabei nicht über Fragen abgestimmt werde, bei denen die Union überhaupt keine Zuständigkeit habe.

Staatsminister R. Bocklet unter- strich die Notwendigkeit, bei den Problemen der Erweiterung und der institutionellen Reformen in je- dem Fall den Dialog und den Kon- sens mit der Bevölkerung zu su- chen. Erörterungen der Themen im europäischen Parlament seien nicht ausreichend, vielmehr komme es auf eingehende Debatten auch in den nationalen und regio- nalen Parlamenten sowie auf lokaler Ebene an. So gesehen biete die Regierungskonferenz die Chance, mit den europäischen Bürgern über die anstehenden Probleme zu dis- kutieren, sie aufzuklären und zu informieren und damit das Be- wusstsein für Europa zu stärken.

Bocklet gab der Hoffnung Aus- druck, dass auch die Märkte sehr schnell auf ein reformwilliges und reformfähiges, auf Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten ge- stütztes Europa reagieren werden und dass auch der Euro eine nach- haltige Stärkung erfahren werde.